Urteil Nr. 10/2025

REPUBLIK ITALIEN

IM NAMEN DES ITALIENISCHEN VOLKES

DER RECHNUNGSHOF

RECHTSPRECHUNGSSEKTION BOZEN

bestehend aus den Richtern

Enrico	MARINARO	Präsident
Francesco	TARGIA	Rat
Massimo Giuseppe URSO		Erster Referendar Berichterstatter–Abfasser des Urteils

erlässt folgendes

URTEIL

in dem unter Nr. **2533/R** des Kanzleiregisters eingetragenen Haftungsverfahren, angestrengt von der Regionalen Staatsanwaltschaft gegen Frau Dr. Margareth Runer, geboren am 11.04.1981 in Bozen (BZ), wohnhaft in Jenesien, Enderbach 12/A, in ihrer Eigenschaft, zum maßgeblichen Zeitpunkt, als Gemeindesekretärin der Gemeinde Tisens und, danach, der Gemeinde Jenesien, St.-Nr. RNRMGR81D51A952G, vertreten und verteidigt von den Rechtsanwälten Michael Pichler und Norbert Griesser des Gerichtsstandes Bozen mit Kanzlei in Bozen, Pfarrgasse 3 (PEC: michael.pichler@suedtirolpec.it), wo sie ihr Domizil erwählt hat;

nach Prüfung der Akten und der verfahrensgegenständlichen Unterlagen;

nach Anhören in der öffentlichen Verhandlung vom 20. März 2025 des Ersten Referendars Massimo Giuseppe Urso, des Staatsanwalts in Person der Regionalstaatsanwältin Alessia Di Gregorio und des Anwalts der Beklagten RA Dr. Michael Pichler.

SACHVERHALT

I. Mit dem unter Nr. 2533 des Kanzleiregisters eingetragenen Schriftstück zur Einleitung des Verfahrens hat die Regionale Staatsanwaltschaft Frau Dr. Margareth Runer vor diese Rechtsprechungssektion geladen damit sie zur Zahlung des Betrags von 33.046,00 Euro

zugunsten der Gemeinden Tisens (BZ) und Jenesien (BZ) verurteilt wird, was dem Gesamtbetrag der zu Unrecht erhaltenen Vergütung entspricht, zuzüglich Geldaufwertung gemäß ISTAT-Index, gesetzlichen Zinsen ab Hinterlegung des Urteils bis zur tatsächlichen Erfüllung sowie Verfahrenskosten, wobei letztere zugunsten des Staates gehen.

II. Die regionale Staatsanwaltschaft berichtet, dass die Ermittlungen (die aufgrund einer anonymen Anzeige, Protokoll Rechnungshof Nr. 544 vom 09.06.2023, eingeleitet wurden) ergeben haben, dass die heutige Beklagte, Gemeindesekretärin von Tisens und Jenesien, seit dem 19.04.2018 Inhaberin eines Einzelunternehmens ist, das in den Bereichen Gemüseanbau, Viehzucht und Stromerzeugung und seit dem 14.05.2021 auch im Bereich Urlaub auf dem Bauernhof tätig ist und seinen Sitz in Jenesien hat.

Die Staatsanwältin hält der Beklagten - in der Annahme, dass Frau Dr. Runer Inhaberin eines Unternehmens ist, das unter anderem auch die Vermietung von Wohnungen und den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten auf den sogenannten Bauernmärkten anbietet - auch die Abwesenheit vom Büro an den Tagen vor, an denen ihre Produkte auf dem Bauernmarkt selbst verkauft wurden, zur Untermauerung des tatsächlichen Nachweises der von der Beklagten ausgeführten Tätigkeit.

Laut der Regionalen Staatsanwaltschaft erlaubt der der Kodex der örtlichen Körperschaften der Region Trentino-Südtirol in Artikel 108 zwar die Ausübung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit, verbietet aber ausdrücklich die Ausübung einer Handelstätigkeit sowie von Tätigkeiten, welche die einwandfreie Erfüllung der Amtspflichten beeinträchtigen können. Es würde somit der Tatbestand eines Schadens zum Nachteil der öffentlichen Hand aufgrund der Verletzung von Art. 53, Absätze 7 und 7-bis, des GvD vom 30. März 2001, Nr. 165, i. g. F., vorliegen, welcher sich auf die Erträge und Vergütungen bezieht, die durch die von Frau Runer zu Unrecht ausgeübte unternehmerische Tätigkeit erzielt wurden.

III. Am 2. August 2024 wurde der heutigen Beklagten die Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Art. 67 Prozessordnung des Rechnungshofs zugestellt, in welcher derselben ein Schaden zum Nachteil der öffentlichen Hand in Höhe von Euro 33.046,00, vorgehalten wurde, was dem Gesamtbetrag der für die mutmaßlich rechtswidrig ausgeübte Tätigkeit zu Unrecht erhaltenen Vergütungen entspricht, nachdem laut Regionaler Staatsanwaltschaft zudem keine <<*Mitteilungen oder Genehmigungsanträge an die Gemeindeverwaltungen, in denen Frau Dr. Runer als Gemeindesekretärin arbeitet oder gearbeitet hat*,>> vorliegen, <<*welche die Ausübung einer unternehmerischen Tätigkeit betreffen*>>.

Am 12. September 2024 wurden die zur Verteidigung eingereichten Stellungnahmen übermittelt und eine persönliche Anhörung beantragt, die am 22. Oktober 2024 stattfand.
Nach Prüfung der Stellungnahmen der Beklagten befand die Regionale Staatsanwaltschaft, dass diese nicht ausreichten, um die erhobenen Vorhaltungen zu widerlegen und reichte deshalb Haftungsklage bezüglich der oben angeführten Schadensposten ein.

IV. Die Beklagte hat sich mit den Rechtsbeiständen Dr. Michael Pichler und Dr. Norbert Griesser des Gerichtssandes von Bozen in das Verfahren eingelassen und Folgendes eingewendet:

1. Bezüglich der Vorhaltung von unentschuldigten Abwesenheiten von den Institutionen, in denen sie ihren Dienst verrichtet, weist die Verteidigung darauf hin, dass Frau Dr. Runer in den Gemeinden Tisens und Jenesien das Amt des Gemeindesekretärs inne hat und, dass es sich bei dieser beruflichen Position um eine Führungsposition handelt. Die Beklagte sei daher an keine festen Arbeitszeiten gebunden, auch weil die für die Verwaltung geleistete Arbeit an der Erreichung der vorgegebenen Ziele gemessen wird. Aus den Beurteilungsbögen der beiden Gemeinden gehe überdies hervor, dass ihre Arbeit als Gemeindesekretärin überdurchschnittlich gut bewertet worden ist (zu diesem Zweck wurden die Beurteilungsbögen für die Jahre 2018 bis 2023 beigefügt).
2. Weiters fügt die Verteidigung hinzu, dass Frau Dr. Runer keinerlei autonome Handelstätigkeit betrieben hat, angesichts dessen, dass die Beklagte – bei der Handelskammer Bozen eingetragene Landwirtin – im Rahmen ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit die Tätigkeiten des Verkaufs der hofeigenen Produkte und „Urlaub auf dem Bauernhof“ ausübt, welche zu den in Art. 2135 ZGB vorgesehenen „verbundenen“ Tätigkeiten zählen würden, und unterliegen daher weder der Mitteilungspflicht noch bedürfen sie einer Ermächtigung, gemäß Zivilgesetzbuch und den örtlichen Rechtsvorschriften.
3. Was schließlich das Arbeitsverhältnis mit der Gemeinde Jenesien betrifft, so ist laut Verteidigung die Behauptung, dass die Gemeinde nicht über die landwirtschaftliche Tätigkeit informiert worden sei, nicht korrekt, da für alle oben genannten Tätigkeiten die Genehmigungen der zuständigen Behörden vorliegen.

V. Für das Verfahren wurde ursprünglich die mündliche Verhandlung am 20. Februar 2025 angesetzt, woraufhin der Präsident dieser Sektion mit Beschluss vom 31.01.2025 die Notwendigkeit geltend machte, dass die mündliche Verhandlung in italienischer Sprache

stattfinden müsse, da <<*es trotz zahlreicher Anfragen bisher nicht möglich war, dieser Rechtsprechungssektion Richter mit Deutschkenntnissen zuzuweisen, so dass der Präsidialrat des Rechnungshofs, um das ordnungsgemäße Funktionieren der Bozener Dienststellen zu gewährleisten, von der Sonderbestimmung in Artikel 17 des D.P.R. Nr. 305/1988 Gebrauch gemacht hat, die (mit dem Adverb "vorzugsweise") vorsieht, dass diese Kenntnisse nicht unbedingt erforderlich sind*>>.

Diesbezüglich haben die Rechtsbeistände der Beklagten mit Antrag vom 03.02.2025, vorausgeschickt, dass <<*die Rechtssprechungssektion des Rechnungshofes mit Mitteilung vom 3 Februar mitgeteilt hat, dass der diesem Verfahren zugeteilte Richter der deutschen Sprache nicht mächtig ist und Frau Runer und die Rechtsbeistände deshalb aufgefordert wurden, die mündliche Erörterung der Rechtssache in italienischer Sprache abzuhalten; dass demnach die Möglichkeit gegeben ist, dass der Richter auch den hinterlegten Akt und die beigelegten Unterlagen nicht versteht und übersetzen lassen muss; dass Frau Dr. Margareth Runer und die Unterfertigten aber auf das Recht vor diesem Gericht die Muttersprache in Schrift und Wort benützen zu dürfen, nicht verzichten wollen*>>, die Aussetzung des Verfahrens 2533/R beantragt <<*bis diesem ein Richter mit Deutschkenntnissen zugewiesen wird*>>.

Der Präsident dieser Sektion hat dem Antrag der Rechtsbeistände der Beklagten vom 03.02.2025 mit Schreiben vom 04.02.2025 geantwortet, in dem er – nachdem er darauf hingewiesen hat, dass <<*festgestellt, dass dieser Präsident in seinem Schreiben vom letzten 31. Januar die Logik der Funktionalität hervorhob, die der außerordentlichen Bestimmung nach Art. 17 D.P.R. Nr. 305/1988 zugrunde liegt (welches die den Rechnungshof betreffenden Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut der Autonomie enthält); ferner festgestellt, dass Artikel 4 Absatz 2 der Prozessordnung des Rechnungshofs Folgendes vorschreibt: „Der Rechnungshof und die Parteien tragen gemeinsam dazu bei, eine angemessene Verfahrensdauer zu gewährleisten“; in Anbetracht der Tatsache, dass die Rechtsprechungssektion, wie in der Tabelle D im Anhang des genannten D.P.R. dargelegt, über professionelles Personal verfügt, das von Amts wegen mit der Übersetzung von Akten und Dokumenten betraut ist, so dass die im vorliegenden Fall den Mitgliedern der Senats, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, geleistete Unterstützung voll und ganz der in der obgenannten außerordentlichen Vorschrift dargelegten Logik der Funktionalität entspricht*>> - bekräftigt hat, <<*dass es notwendig ist, die mündliche Abwicklung der Rechtssache in italienischer Sprache durchzuführen, und bestätigt daher den bereits festgesetzten Verhandlungstermin*>>.

Am 20. März 2025 (nach einer Verschiebung der zuvor anberaumten Verhandlung aufgrund eines reinen Verwaltungsfehlers) fand die mündliche Verhandlung in der Rechtssache statt.
Der Regionalstaatsanwalt bestand auf der vollständigen Stattgabe der in der Klageschrift gestellten Anträge, während der Anwalt der Beklagten in deutscher Sprache Folgendes erklärte: <<*Es tut mir leid, dass ich der Staatsanwältin hier nicht widersprechen kann, denn es wird mir untersagt, in meiner und in der Muttersprache der Angeklagten zu sprechen, deswegen, nachdem die Angeklagte und ihr Verteidiger das verfassungsmäßig- zuständige Recht in der Muttersprache zu sprechen und sich äußern verwehrt wird, sehen wir uns außer Stande, an dieser Diskussion teilzunehmen*>>.
Nachdem der Präsident die Beschwerde des Verteidigers für die anderen Mitglieder des Senats in italienischer Sprache zusammengefasst hatte, erteilte er dem Regionalstaatsanwalt erneut das Wort, der die Unbegründetheit der vom Verteidiger vorgebrachten Einrede darlegte und dabei – zusätzlich zur kürzlich durch die Sechskommission erfolgten Genehmigung der Verlängerung der in Art. 17 des DPR Nr. 305/1988 vorgesehenen Jahresfrist auf drei Jahre – hervorhob, dass es nicht möglich sei, eine Verhandlung in einer Sprache zu führen, die ein Teil der Richter nicht versteht.
Auf Aufforderung des Präsidenten wiederholte Rechtsanwalt Pichler kurz in italienischer Sprache den bereits vertretenen Standpunkt, einschließlich des entsprechenden Antrags auf Protokollierung.
Das Verfahren wurde somit zur Entscheidung einbehalten, mit dem Ergebnis laut Urteilsspruch.

RECHTSAUSFÜHRUNGEN

1. Vorab ist der Senat der Ansicht, dass das rechtliche Gehör der Beklagten vollständig durchgeführt wurde, da es unter gebührender Beachtung des Wortlauts und der Ratio der Gesetzesbestimmungen laut den oben genannten Schreiben des Präsidenten stattgefunden hat.
Unbeschadet des Rechts der Verteidigung, sich in der von ihr gewählten Sprache zu äußern, Recht von dem die Beklagte durch ihre Einlassung in deutscher Sprache unstreitig Gebrauch gemacht hat, erlaubt der genannte Art. 17 des D.P.R. Nr. 305/1988 ausnahmsweise, und ebenso unstreitig, die vorübergehende Zuweisung von Richtern an dieses Gericht, die diese Sprache nicht beherrschen, mit der unvermeidlichen Folge, dass

die mündliche Verhandlung in einer Sprache stattfinden muss, die vom gesamten Senat verstanden wird.

2. In der Hauptsache hält der Senat die Klage für unbegründet und es kann ihr aus folgenden Gründen nicht stattgegeben werden:

2.1. Vorab erscheint es angebracht, die geltenden Vorschriften in dieser Materie unter Berücksichtigung der zivil- und verwaltungsrechtlichen Rechtsprechung sowie der Rechtsprechung des Rechnungshofs zu rekonstruieren.

Die nationale Rechtsordnung legt einen regelrechten Grundsatz der Ausschließlichkeit der Arbeitsleistung des Angestellten zugunsten der öffentlichen Körperschaft, bei der er beschäftigt ist, fest, nicht nur zum Schutz der verfassungsrechtlichen Grundsätze der Unparteilichkeit und der guten Führung der öffentlichen Verwaltung (Art. 97 der Verfassung), sondern auch zum Schutz des Ansehens der Verwaltung und um derselben zu garantieren, dass die Energien des Angestellten ausschließlich für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen eingesetzt werden.

Zu diesem Punkt regelt Art. 53 Abs. 1 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 165 von 2001 die Unvereinbarkeit und Häufung von Aufträgen und sieht absolut verbotene Tätigkeiten (die somit mit dem *Status* eines Beamten absolut unvereinbar sind) sowie Tätigkeiten vor, die im Voraus genehmigt werden können und daher vom Gesetzgeber als relativ unvereinbar angesehen werden, sowie freie Tätigkeiten, deren Vereinbarkeit mit dem öffentlichen Dienst zuvor von der Rechtsordnung positiv bewertet wurde.

Im Vergleich zur nationalen Typisierung der gesetzlichen Bestimmungen hat der regionale Gesetzgeber in Ausübung seiner Autonomierechte mit Art. 108 des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 3. Mai 2018, mit dem der Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol verabschiedet wurde, gehandelt und in Bezug auf Unvereinbarkeit, Häufung von Arbeitsverhältnissen und Aufträgen, soweit relevant, Folgendes festgelegt: << *1. In den Personalordnungen der Gemeinden müssen bei der Regelung der Unvereinbarkeit und der Häufung von Ämtern die nachstehenden Grundsätze und Kriterien berücksichtigt werden: a) es ist verboten, eine Handelstätigkeit oder eine gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit auszuüben, ein privates oder öffentliches Arbeitsverhältnis einzugehen und Ämter in Gesellschaften mit Gewinnzweck – mit Ausnahme der von der Gemeindeverwaltung vorgenommenen Ernennungen – zu übernehmen; b) es ist verboten, Tätigkeiten auszuüben, die zu Interessenkonflikten führen oder die einwandfreie Erfüllung der Amtspflichten beeinträchtigen können; c) es dürfen ohne*

Ermächtigung Ämter in Vereinigungen, Komitees und Körperschaften, die keine Gewinnzwecke verfolgen, übernommen werden; d) es darf ohne Ermächtigung eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt werden>>.

Daraus folgt, dass der regionale Gesetzgeber die landwirtschaftliche Tätigkeit im Vorfeld als freie Tätigkeit eingestuft hat, die keiner vorherigen Genehmigung bedarf.

Dies entspricht in Wahrheit einer allgemeinen Ausrichtung, die auf sozioökonomischen Gründen beruht, die die Nichtaufnahme der Landwirtschaft in die absolut unvereinbaren Tätigkeiten gemäß Art. 60 des T. U. Nr. 3/1957 rechtfertigen, da zu diesem Zeitpunkt, wie vom Kassationsgerichtshof Ziv. Sektion L., Beschluss Nr. 27420/2020 erklärt, <<*fast jede Familie in unterschiedlicher Weise in der Landwirtschaft tätig war, so dass eine Auslegung, die diese Tätigkeit zu den unvereinbaren Tätigkeiten gezählt hätte, zum Ausschluss der meisten Bürger vom Staatsdienst geführt hätte*>>.

Unter Verweis auf das ausführliche Urteil Nr. 289 von 2024 der Rechtsprechungssektion Sizilien (mit präzisen Verweisen auf die Rechtsprechung und Praxis sowie einer umfassenden Rekonstruktion des Sachverhalts) ist in der Tat hervorzuheben, dass die oben genannten Gründe sich als noch zutreffender offenbaren angesichts der besonderen landwirtschaftlichen Prägung des Gebiets der Provinz Bozen, auch aus ökologischen Gründen und zur Sicherung der Flächen, wodurch „*das Phänomen der sogenannten Landaufgabe mit zweifellos positiven Auswirkungen auf den Umweltschutz und die biologische Vielfalt*“ vermieden wird (vgl. das zitierte Urteil Nr. 289/2024 der Rechtsprechungssektion Sizilien).

Entgegen der Auffassung der Regionalen Staatsanwaltschaft führt die Eröffnung einer Mehrwertsteuernummer auch nicht automatisch zum Nachweis dieser angeblichen absoluten Unvereinbarkeit, da diese Voraussetzung an sich (abgesehen von ihrem symptomatischen Wert in den einzelnen von Mal zu Mal berücksichtigte Fällen) steuerliche und fiskalische Aspekte betrifft, die keinen Einfluss auf die oben dargelegten rechtlichen Aspekte haben, sofern diese Nebentätigkeit gegenüber der Haupttätigkeit im öffentlichen Dienst untergeordnet bleibt (vgl. das oben erwähnte Urteil Nr. 289/2024 der Rechtsprechungssektion Sizilien, wo auch auf die verwaltungsrechtliche Rechtsprechung und insbesondere auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Basilicata Nr. 195/2003 und den Beschluss Nr. 2120/2023 des Staatsrats, Sektion II, verwiesen wird).

Abschließend teilt der Senat die Auffassung der genannten Rechtsprechung des Rechnungshofs, laut welcher <<*die oben genannten Entscheidungen der verwaltungsrechtlichen Rechtsprechung, wonach dies mit dem Grundsatz der Ausschließlichkeit der Tätigkeit im öffentlichen Dienst unvereinbar ist, sich aus einer verfassungs- und konventionell orientierten Auslegung ergeben [angesichts dessen, dass eine andere Auslegung nicht mit dem wesentlichen Kern der Eigentumsrechte vereinbar wäre und sogar in ihrer weitesten Auslegung durch den EGMR (in Bezug auf Art. 1 des Zusatzprotokolls Nr. 1 zur Konvention) eine Verletzung darstellen würde, da sie zur Auferlegung ungerechtfertigter und zudem gesetzlich nicht geregelter Beschränkungen der Nutzung und des Genusses einer Immobilie und ihres Ertragspotenzials führen würde, die auch in Hinblick auf Logik und Vernunft in unüberwindbarem Widerspruch zu dem stehen, was ein öffentlicher Bediensteter normalerweise mit Immobilien anderer Art tun könnte (z. B. Vermietung einer Wohnung*]>> (vgl. das oben genannte Urteil Nr. 289/2024 der Rechtsprechungssektion Sizilien und die entsprechenden Verweise).

2.2. Bei der Prüfung des konkreten Falles, der diesem Senat vorgelegt wurde, erscheint das Verhalten der Beklagten in der Tat rechtmäßig und im Einklang mit den geltenden Vorschriften.

Es ist nämlich unbestritten, dass Frau Dr. Runer Inhaberin eines Einzelunternehmens ist, das Gemüseanbau, Viehzucht, Stromerzeugung und seit dem 14.05.2021 auch Urlaub auf dem Bauernhof betreibt; ebenso unstreitig ist, dass die Beklagte eine Nebentätigkeit betreibt, die in untergeordneter Hinsicht mit der Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zusammenhängt, und darin besteht, diese Erzeugnisse (auch auf sogenannten Bauernmärkten) zu verkaufen sowie Wohnungen zu vermieten.

Entgegen der Behauptung der Regionalen Staatsanwaltschaft sind diese Tätigkeiten aufgrund der kombinierten Bestimmungen der Artikel 108 des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 3. Mai 2018 und 2135 des Zivilgesetzbuches mit dem *Status* eines lokalen Beamten voll vereinbar.

Wie bereits ausführlich dargelegt, erlaubt die erste Bestimmung ausdrücklich (und stuft sie somit als frei, ohne vorherige Genehmigung ein) die landwirtschaftliche Tätigkeit, während die Vorschrift des Gesetzbuches die Tätigkeiten festlegt, die mit der Qualifikation als landwirtschaftlicher Unternehmer vereinbar sind, und dehnt dies auch auf „verbundene" Tätigkeiten aus, zu denen auch die Vermarktung und Aufwertung von „*von Erzeugnissen, die vorwiegend aus der Bewirtschaftung des Bodens oder des Waldes oder aus der Tierhaltung erzielt*

werden, sowie die Tätigkeiten zur Lieferung von Gütern oder Erbringung von Dienstleistungen durch vorwiegende Verwendung von Betriebseinrichtungen und Betriebsmitteln, die bei der ausgeübten landwirtschaftlichen Tätigkeit gewöhnlich eingesetzt werden, einschließlich der Tätigkeiten zur Aufwertung des ländlichen und forstlichen Raumes und Erbes oder im Zusammenhang mit der Beherbergung und Bewirtung in der vom Gesetz bestimmten Art" zählen (Art. 2135, Absatz 3, Zivilgesetzbuch, in der durch Art. 1 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 228/2001 geänderten Fassung).

Zu diesem Punkt wurde klargestellt, dass diese Verbindung die Anwendung der besonderen und günstigeren Regelung (auch für die hier detailliert behandelten Zwecke) auf Tätigkeiten ermöglicht, die eher kommerzieller Natur sind und in diesem Zusammenhang zu betrachten wären, wenn sie selbstständig ausgeübt würden, einschließlich der Tätigkeiten, die nicht typisch landwirtschaftlich sind (wie die Ausübung der Beherbergung- und Bewirtungstätigkeit), die innerhalb bestimmter Grenzen (z. B. des Überwiegens der eingesetzten Güter) zulässig sind, auch wenn sie sich von der landwirtschaftlichen Tätigkeit unterscheiden und diese ergänzen.

Was die Vorhaltung der Anwesenheit der Beklagten auf dem Bauernmarkt in Bozen während ihrer Dienstzeit betrifft, ist zunächst darauf hinzuweisen, dass der Gemeindesekretär in der Ordnung der örtlichen Körperschaften eine ganz besondere Stellung einnimmt, die durch den nationalen Kollektivvertrag für diesen Bereich speziell geregelt ist. Insbesondere sieht Art. 19 des nationalen Kollektivvertrags für Gemeinde- und Landessekretäre für den Vierjahreszeitraum 1998-2001 und für den Zweijahreszeitraum 1998 – 1999 über die Arbeitszeit des Sekretärs in Absatz 1 vor, dass << *Im Rahmen der Organisationsstruktur der Körperschaft gewährleistet der Sekretär seine Anwesenheit im Dienst und organisiert seine Arbeitszeit, wobei er diese flexibel an die Erfordernisse der Erfüllung der ihm übertragenen Aufträge in Bezug auf die zu erreichenden Ziele und Programme anpasst*>>.

Zu dieser Bestimmung hat sich die ARAN (die für die Auslegung der Kollektivverträge zuständige Stelle) wie folgt geäußert: „*Die Arbeitszeit der Gemeindesekretäre ist im Wesentlichen in Art. 19 des nationalen Kollektivvertrags vom 16.5.2001 geregelt, der eine Regelung vorsieht, die im Wesentlichen mit der bereits für die Führungskräfte des Bereichs für die Regionen und die Lokalautonomien vorgesehenen Regelung vom 10.4.1996 identisch ist. Diese Vertragsklausel hat bekanntlich ein System eingeführt, das auf der Eigenverantwortung des Sekretärs basiert. In diesem Zusammenhang ist keine Gesamtquantifizierung der Arbeitszeit des Sekretärs vorgesehen, auch*

nicht durch die alleinige Festlegung einer Höchstgrenze für die Dauer der zu erbringenden Arbeitsleistungen. Es obliegt hingegen dem Sekretär, seine Arbeitszeit insgesamt so zu organisieren, dass die ihm übertragenen Aufgaben und die ihm zugewiesenen Ziele vollständig erfüllt werden>> (SEG_034_Orientamenti_Applicativi).

Auf der Grundlage der vorstehenden Rechtsausführungen kann festgestellt werden, dass die Beklagte nicht zum Stempeln verpflichtet war und ihre Arbeitsleistung auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse zu bewerten ist. In dieser Hinsicht hat die Regionale Staatsanwaltschaft nicht nachgewiesen, dass die von Frau Dr. Runer im betreffenden Zeitraum erbrachten Leistungen negativ bewertet wurden, während die Verteidigung durch Vorlage der Bewertungsbögen der Beklagten nachgewiesen hat, dass diese positive Bewertungen erhalten hat: 8 im Jahr 2018, 8,5 im Jahr 2019, 9,5 im Jahr 2020, 9,5 im Jahr 2021 und 10 in den Jahren 2022 und 2023.

Die Regionale Staatsanwaltschaft erklärt in der Klageschrift außerdem wie folgt: <<*An den Tagen, an denen die Kontrollen durchgeführt wurden (09.01.24, 12.01.24, 19.01.24, 26.01.24, 02.02.24, 09.02.24, 16.02.24, 23.02.24, 27.02.24) arbeitete sie entweder nur nachmittags in der Gemeinde oder war den ganzen Tag abwesend*>>. Tatsächlich scheint die Abwesenheit vom Dienst während des gesamten Arbeitstages nicht mit der Flexibilität vereinbar zu sein, die dem Gemeindesekretär eingeräumt wird, der zwar keine festen Arbeitszeiten hat, aber dennoch eine Anwesenheit gewährleisten muss: vgl. den oben genannten Art. 19 des nationalen Kollektivvertrags für Gemeinde- und Landessekretäre für den Vierjahreszeitraum 1998–2001 und für den Zweijahreszeitraum 1998–1999, der in Absatz 1 vorsieht, dass <<*im Rahmen der Organisationsstruktur der Körperschaft der Sekretär seine Anwesenheit im Dienst gewährleistet...* >>.

Die Regionalstaatsanwaltschaft macht jedoch gegenüber der Beklagten lediglich einen Schaden in Höhe von 33.046,00 € geltend, <<*was dem Gesamtbetrag der zu Unrecht erhaltenen Vergütung entspricht*>>, ohne auf etwaige weitere Schadenspositionen aufgrund der möglicherweise nicht erbrachten Leistung Bezug zu nehmen.

Dieses Gericht kann auch die Unangemessenheit des Verhaltens der Beklagten nicht bewerten, die im vorliegenden Fall zwar vorliegt, da die Anwesenheit auf dem Bauernmarkt an den Diensttagen das Ansehen der öffentlichen Verwaltung gefährden kann, was gegebenenfalls an anderer Stelle (z. B. Disziplinarverfahren) zu bewerten ist.

Zusammenfassend trägt unter diesem Gesichtspunkt die Abwesenheit oder die teilweise Anwesenheit vom Dienst nichts zu den Schlussfolgerungen des Senats bei, da der einzige der Beklagten vorgehaltene Schaden mit der angeblichen nicht genehmigten landwirtschaftlichen Tätigkeit zusammenhängt.

2.3. Die Aspekte, die mit anderen Elementen der verwaltungsrechtlichen Haftung zusammenhängen, werden durch das sich als rechtmäßig erwiesene Verhalten der Beklagten abgedeckt.

3. Abschließend ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen die Klage abzuweisen und Frau Dr. Margareth Runer freizusprechen, wobei die Verteidigungskosten von den Gemeinden Tisens und Jenesien (jeweils zu 50 %) gemäß dem Tenor zu tragen sind.

AUS DIESEN GRÜNDEN

trifft der Rechnungshof – Rechtsprechungssektion Bozen folgendes endgültiges Urteil:

- Die Klage der Regionalen Staatsanwaltschaft wird gemäß den Begründungen abgewiesen und Frau Dr. Margareth Runer von der Klage der Staatsanwaltschaft freigesprochen;
- Die Verteidigungskosten werden zugunsten der Beklagten und zu Lasten der Gemeinden Tisens und Jenesien (jeweils zu 50 %) in Höhe von 2.500,00 Euro zuzüglich allgemeiner Kosten, Mehrwertsteuer und Fürsorgebeitrag der Rechtsanwälte festgesetzt.

Das Sekretariat wird mit den in seine Zuständigkeit fallenden Maßnahmen beauftragt.

So entschieden in Bozen, in der nichtöffentlichen Sitzung vom 20. März 2025.

DER ABFASSER DES URTEILS	DER PRÄSIDENT
Massimo Giuseppe Urso	**Enrico Marinaro**
(digital unterzeichnet)	(digital unterzeichnet)

Hinterlegt im Sekretariat am 27.06.2025

VERSIONE IN LINGUA ITALIANA

Sentenza n. 10/2025

REPUBBLICA ITALIANA

IN NOME DEL POPOLO ITALIANO

LA CORTE DEI CONTI

SEZIONE GIURISDIZIONALE DI BOLZANO

composta dai Magistrati

Enrico	MARINARO	Presidente
Francesco	TARGIA	Consigliere
Massimo Giuseppe	URSO	Primo Referendario Relatore - Estensore

ha pronunciato la seguente

SENTENZA

nel giudizio di responsabilità iscritto al n. **2533/R** del registro di Segreteria, promosso dalla Procura Regionale nei confronti della dott.ssa Margareth Runer, nata in data 11.04.1981 a Bolzano (BZ), residente a San Genesio Atesino in via Enderbach n. 12/A, nella sua qualità, all'epoca dei fatti, di Segretario comunale del Comune di Tesimo e, successivamente, di San Genesio Atesino, cod. fisc. RNRMGR81D51A952G, rappresentata e difesa dagli avv.ti Michael Pichler e Norbert Griesser del foro di Bolzano, con studio in Bolzano, vicolo della Parrocchia 3 (Pec: michael.pichler@suedtirolpec.it), presso cui ha eletto domicilio;

esaminati gli atti e i documenti di causa;

uditi, alla pubblica udienza del 20 marzo 2025, il relatore Primo Referendario Massimo Giuseppe Urso, il Pubblico Ministero, in persona del Procuratore Regionale Alessia Di Gregorio e il legale della convenuta avv. Michael Pichler.

RITENUTO IN FATTO

I. Con atto introduttivo iscritto al numero 2533 del registro di Segreteria la Procura regionale ha citato in giudizio la dott.ssa Margareth Runer per ivi sentirla condannare al pagamento della somma di euro 33.046,00 a favore del Comune di Tesimo (Bz) e di San Genesio Atesino (Bz), corrispondente al totale dei compensi indebitamente percepiti, oltre alla rivalutazione

monetaria secondo gli indici ISTAT, agli interessi legali decorrenti dal deposito della sentenza fino all'effettivo soddisfo ed alle spese di giustizia, queste ultime a favore dello Stato.

II. La Procura regionale riferisce che dall'attività istruttoria (avviata a seguito di esposto anonimo prot. Cdc n. 544 del 09.06.2023) è emerso che, fin dal 19.04.2018, l'odierna convenuta, segretario comunale di Tesimo e di San Genesio Atesino, è titolare di una ditta individuale esercente l'attività di coltivazione di ortaggi, allevamento, produzione di energia elettrica e, dal 14.05.2021, anche l'attività di agriturismo, avente sede a San Genesio.

L'attore pubblico - sull'assunto che la dott.ssa Runer risulta titolare di un'azienda, che offre tra i suoi servizi anche l'affitto di appartamenti e la vendita di prodotti agricoli presso i c.d. mercati contadini – contesta altresì le assenze dall'ufficio della convenuta nei giorni di vendita dei suoi prodotti al mercato contadino stesso, a supporto della prova in fatto dell'attività esercitata dalla convenuta.

Per la Procura regionale il Codice degli Enti locali della Regione Trentino-Alto Adige all'art. 108, mentre consente l'esercizio di attività agricola, vieta in modo espresso l'esercizio di commercio e l'esercizio di attività che possono pregiudicare il corretto adempimento dei compiti d'ufficio.

Ricorrerebbe, pertanto, l'ipotesi di danno erariale, per la violazione dell'art. 53, commi 7 e 7-bis, del d.lgs. 30 marzo 2001, n. 165 e s.m., in relazione ai ricavi e compensi conseguiti dall'attività imprenditoriale indebitamente esercitata dalla dott.ssa Runer.

III. In data 2 agosto 2024 è stato notificato all'odierna convenuta l'invito a dedurre ai sensi dell'art. 67 c.g.c., contestando alla stessa un danno erariale pari a euro 33.046,00, corrispondente al totale dei compensi indebitamente percepiti per l'attività presuntivamente svolta in modo illecito, non risultando, altresì, per la Procura regionale, <<*comunicazioni o richieste di autorizzazione alle amministrazioni comunali, nelle quali la dott.ssa Runer svolge o ha svolto l'attività di segretario comunale, in ordine all'esercizio di attività imprenditoriale*>>.

In data 12 settembre 2024 sono state trasmesse le deduzioni difensive, con le quali è stata richiesta l'audizione personale, che si è svolta il 22 ottobre 2024.

Valutate le deduzioni della convenuta, la Procura regionale non le riteneva sufficienti a confutare le contestazioni mosse e, pertanto, esercitava l'azione di responsabilità per le poste di danno sopra specificate.

IV. La convenuta si è costituita in giudizio con il patrocinio degli avv.ti Michael Pichler e Norbert Griesser del foro di Bolzano e ha eccepito quanto segue:

1. Riguardo la contestazione delle assenze ingiustificate dagli enti presso i quali svolge il servizio, la difesa rileva che la dott.ssa Runer ricopre la carica di segretario comunale presso i comuni di Tesimo e di San Genesio e che tale figura professionale riveste una posizione dirigenziale. La convenuta non sarebbe, pertanto, vincolata ad alcun orario di lavoro fisso, anche in considerazione del fatto che l'attività svolta per l'Amministrazione viene misurata attraverso il raggiungimento degli obiettivi assegnati. Le schede di valutazione dei due comuni, d'altro canto, dimostrerebbero, per la difesa, che la sua attività di segretario comunale ha ricevuto un giudizio superiore alla media (sono state all'uopo allegate le schede di valutazione degli anni dal 2018 al 2023).

2. Aggiunge ancora la difesa che la dott.ssa Runer non ha esercitato alcuna attività commerciale autonoma, atteso che la convenuta - imprenditrice agricola iscritta alla Camera di commercio di Bolzano - esercita, nell'ambito della propria attività agricola, attività di vendita dei prodotti della propria azienda, nonché di agriturismo, le quali rientrerebbero tra le attività "connesse" di cui all'art. 2135 c.c., dunque non soggette a obbligo di comunicazione né ad autorizzazione, ai sensi del codice civile e della normativa locale.

3. Per quanto riguarda il rapporto di servizio con il comune di San Genesio, infine, per la difesa l'affermazione che il Comune non è stato informato dell'attività agricola non sarebbe corretta, in quanto, per tutte le suddette attività, sono disponibili le autorizzazioni rilasciate dalle autorità competenti.

V. Il giudizio veniva chiamato inizialmente per l'udienza di discussione del 20 febbraio 2025, in relazione alla quale il Presidente di questa Sezione, con provvedimento del 31.01.2025, rappresentava la necessità che la trattazione orale della causa si svolgesse in lingua italiana, considerato che <<*Nonostante le plurime procedure esperite, non è risultato ad oggi possibile assegnare a questa Sezione giudici a conoscenza della lingua tedesca, di talché, al fine di garantire la adeguata funzionalità degli Uffici di Bolzano, il Consiglio di Presidenza della Corte dei conti si è avvalso della norma straordinaria di cui all'art. 17 del d.P.R. n. 305/1988, laddove essa prevede (con l'avverbio preferibilmente) che la suddetta conoscenza non sia un requisito all'uopo strettamente necessario*>>.

Al riguardo, i legali della convenuta, con istanza del 03.02.2025, premesso che <<*la Sezione giurisdizionale della Corte dei conti, in una comunicazione del 3 febbraio, ha informato che il giudice*

assegnato a questo procedimento non conosce il tedesco e che la signora Runer e i difensori sono stati quindi invitati a svolgere la trattazione orale della causa in lingua italiana; che è quindi possibile che il giudice non comprenda anche l'atto depositato e i documenti allegati e che debba farli tradurre; che la dott.ssa Margareth Runer e i sottoscritti non intendono rinunciare al diritto di usare davanti a questa Corte la propria lingua madre sia nello scritto sia nel parlato>>, hanno chiesto la sospensione del procedimento 2533/R <<*fino a quando a questo verrà assegnato un magistrato che conosca il tedesco*>>.

Il Presidente di questa Sezione ha riscontrato l'istanza dei legali della convenuta del 03.02.2025 con nota del 04.02.2025, nella quale - dopo aver fatto presente che <<*rilevato che nella comunicazione, dd. 31 gennaio scorso, lo scrivente ha evidenziato la logica di funzionalità sottesa alla disposizione straordinaria di cui all'art. 17 del d.P.R. n. 305/1988 (recante le norme di attuazione dello Statuto speciale di autonomia relative alla Corte dei conti); rilevato altresì che l'art. 4, comma 2, c.g.c. prescrive che "il giudice contabile e le parti cooperano per la realizzazione della ragionevole durata del processo"; considerato che la Sezione dispone, come da tabella D allegata al citato d.P.R., di personale professionalmente addetto, per compito di istituto, alla traduzione di atti e documenti, di talché l'assistenza fornita nella specie ai componenti del Collegio non a conoscenza della lingua tedesca risulta del tutto coerente con la logica di funzionalità di cui alla suddetta norma straordinaria*>> - ha ribadito << *la necessità che la trattazione orale della causa si svolga in lingua italiana, confermando di conseguenza la data d'udienza già ritualmente fissata*>>.

In data 20 marzo 2025 (a seguito di rinvio per mero disguido di Segreteria dell'udienza previamente fissata) si è svolta la trattazione orale della causa.

Il Procuratore regionale insisteva per l'accoglimento integrale delle domande formulate nell'atto di citazione in giudizio, mentre il legale della convenuta dichiarava in lingua tedesca quanto segue: <<*Mi dispiace di non poter contraddire il pubblico ministero in questa sede, perché mi è vietato parlare nella mia lingua madre e in quella dell'imputata, quindi, poiché all'imputata e al suo difensore è negato il diritto costituzionalmente pertinente di parlare ed esprimersi nella propria lingua madre, ci vediamo impossibilitati a partecipare a questa discussione*>>.

Il Presidente, dopo aver riassunto in lingua italiana, per gli altri componenti del Collegio, la doglianza del difensore, ridava la parola al Procuratore regionale, il quale rappresentava l'infondatezza dell'eccezione sollevata dal difensore, sottolineando – oltre alla recente approvazione in sede di Commissione dei sei del prolungamento a tre anni del termine

annuale previsto dall'art. 17 del d.P.R. n. 305/1988 - come non sia possibile svolgere una discussione in una lingua che una parte dei giudici non è in grado di comprendere.

Su invito del Presidente, l'avv. Pichler ribadiva sinteticamente in italiano la già espressa posizione, ivi compresa la relativa richiesta di verbalizzazione.

La causa è stata quindi trattenuta in decisione, con esito di cui al dispositivo

CONSIDERATO IN DIRITTO

1. Preliminarmente, reputa la Sezione che il contraddittorio con la convenuta si sia compiutamente realizzato, siccome svoltosi nel doveroso rispetto della lettera e della ratio delle disposizioni normative di cui alle succitate note presidenziali.

Fermo restando, infatti, il diritto della difesa di esprimersi nella lingua prescelta, diritto di cui si è pacificamente avvalsa la convenuta costituendosi in lingua tedesca, in via straordinaria il menzionato art. 17 del d.P.R. n. 305/1988 consente, altrettanto pacificamente, la temporanea assegnazione a questa Corte territoriale di magistrati non a conoscenza della suddetta lingua, con l'ineludibile conseguenza che la trattazione orale non possa che svolgersi in una lingua comprensibile dall'intero Collegio.

2. Nel merito, il Collegio ritiene la richiesta attorea infondata e non accoglibile, per i motivi che seguono.

2.1. In premessa appare opportuno ricostruire la disciplina vigente in materia, interpretata alla luce della giurisprudenza civile, contabile e amministrativa.

L'ordinamento nazionale sancisce un vero e proprio principio di esclusività della prestazione lavorativa del dipendente a favore dell'ente pubblico presso il quale presta servizio, non solo al fine di tutelare i principi costituzionali di imparzialità e buon andamento della P.A. (art. 97 Cost.), ma anche allo scopo di proteggere l'immagine dell'Amministrazione e garantire alla stessa che le energie del dipendente siano riservate alla prestazione del servizio pubblico.

Sul punto, l'art. 53, comma 1, del d. lgs. n. 165 del 2001 disciplina il regime delle incompatibilità e del cumulo di incarichi, prevedendo attività vietate in modo assoluto (e, quindi, assolutamente incompatibili con lo *status* di dipendente pubblico), attività autorizzabili preventivamente e considerate, pertanto, dal legislatore in regime di incompatibilità relativa e attività libere, la cui compatibilità con il servizio pubblico è stata valutata positivamente a monte dall'ordinamento.

Rispetto alla tipizzazione normativa nazionale, il legislatore regionale, nell'esercizio delle prerogative autonomistiche, è intervenuto in materia con l'art. 108 della l. r. 3 maggio 2018, n. 2, che ha approvato il Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, disponendo, in ordine a incompatibilità, cumulo di impieghi e incarichi, per quanto di interesse, che: << *1. I regolamenti organici dei comuni nel disciplinare i casi di incompatibilità e cumulo di impieghi devono osservare i seguenti principi e criteri: a) non è consentito l'esercizio del commercio, dell'industria e della professione o l'instaurazione di un rapporto di lavoro o di impiego alle dipendenze di privati o di enti pubblici o accettare cariche in società costituite a fini di lucro, fatte salve le nomine disposte dall'amministrazione comunale; b) è vietato esercitare attività che possono dar luogo a conflitti di interesse o possono pregiudicare il corretto adempimento dei compiti d'ufficio; c) è consentita, senza alcuna autorizzazione, l'assunzione di cariche in associazioni, comitati ed enti senza scopo di lucro; d) è consentito, senza alcuna autorizzazione, esercitare l'attività agricola*>>.

Ne segue che il legislatore regionale ha qualificato a monte quale attività libera e non necessitante di autorizzazione preventiva quella agricola.

Ciò che, per la verità, corrisponde a un generale orientamento improntato a ragioni di ordine socio-economico giustificative della mancata inclusione dell'agricoltura fra le attività assolutamente incompatibili di cui all'art. 60 del t. u. n.3/1957, atteso che all'epoca, come rimarcato da Cass. civ., sez. L., ord. n. 27420/2020, <<*quasi ogni famiglia, a vario titolo, era implicata nell'agricoltura, sicché se tale attività fosse stata inserita, per via interpretativa, tra quelle incompatibili ne sarebbe derivata l'esclusione dall'impiego statale della maggior parte dei cittadini*>>.

Nel rimandare in proposito all'articolata sentenza n. 289 de 2024 della Sez. giur. Sicilia (con puntuali richiami di giurisprudenza e prassi e ampia ricostruzione della fattispecie), è d'uopo in effetti rilevare come le suddette ragioni si appalesino vieppiù conferenti alla luce della peculiare vocazione agricola del territorio della provincia di Bolzano, anche per finalità ecologiche e di sicurezza dei terreni, evitando il << *il fenomeno del c.d. abbandono dei terreni con indubbi effetti positivi sulla protezione dell'ambiente e della biodiversità*>> (cfr. la citata sent. n. 289/2024 della sez. giur. Sicilia).

Né, d'altronde, contrariamente a quanto sostenuto dalla Procura regionale, l'apertura della partita iva comporta automaticamente la dimostrazione di tale asserita assoluta incompatibilità, in quanto tale requisito attiene, di per sé (al di là del suo valore sintomatico nella singole vertenze di volta in volta considerate), a profili tributari e fiscali, che non incidono sugli aspetti giuridici come sopra esposti, sempre che tale attività secondaria

rimanga ancillare rispetto alla principale pubblica (cfr. la menzionata sent. n. 289/2024 della sez. giur. Sicilia, che richiama anche la giurisprudenza amministrativa e, in particolare, Tar Basilicata, sent. n. 195/2003 e C.d.S. sez. II, ord. n. 2120/2023).

In conclusione, il Collegio condivide l'orientamento della citata giurisprudenza contabile, in base al quale <<*I suddetti arresti della giurisprudenza amministrativa secondo cui è incompatibile con il principio di esclusività del lavoro alle dipendenze della P.A. derivano da una interpretazione costituzionalmente e convenzionalmente orientata [considerato che una diversa interpretazione non sarebbe compatibile con il nucleo essenziale delle prerogative dominicali ed anzi recherebbe vulnus anche nella sua più lata interpretazione che ne ha dato la Corte EDU (in relazione all'art. 1 del Protocollo addizionale n. 1 alla Convenzione), perché si tradurrebbe nella imposizione, peraltro senza copertura normativa, di limitazioni ingiustificate all'uso ed al godimento di un bene immobile ed alle sue potenzialità reddituali, in insanabile contrasto, anche sul piano della logica e della ragionevolezza, con ciò che un pubblico dipendente potrebbe normalmente fare con beni immobiliari di diversa natura (ad es. concessione in locazione di un appartamento*]>> (cfr. la ridetta sent. n. 289/2024 della sez. giur. Sicilia e i relativi richiami).

2.2. Passando all'esame del caso concreto sottoposto a questo Collegio, la condotta della convenuta appare invero lecita e conforme alla disciplina vigente.

Difatti, non è contestato il fatto che la dott.ssa Runer sia titolare di una ditta individuale esercente l'attività di coltivazione di ortaggi, allevamento, produzione di energia elettrica e, dal 14.05.2021, anche l'attività di agriturismo; non è contestato, altresì, che la convenuta eserciti una attività commerciale collaterale e ancillare rispetto alla produzione dei prodotti agricoli, consistente nella vendita di tali prodotti (anche presso i c.d. mercati contadini), oltre che l'affitto di appartamenti.

Orbene, al contrario di quanto sostenuto dalla Procura regionale, tali attività sono pienamente compatibili con lo *status* di dipendente pubblico locale, in virtù del combinato disposto degli artt. 108 della l.r. 3 maggio 2018, n. 2 e 2135 del codice civile.

Infatti, come già approfondito, la prima disposizione consente espressamente (e quindi inquadra come libera, non necessitante di preventiva autorizzazione) l'attività agricola, mentre la norma codicistica individua quali sono le attività compatibili con la qualifica di imprenditore agricolo, estendendo il regime di favore anche a quelle "connesse", tra le quali rientrano anche la commercializzazione e valorizzazione dei "*prodotti ottenuti prevalentemente dalla coltivazione del fondo o del bosco o dall'allevamento di animali, nonché le*

attività dirette alla fornitura di beni o servizi mediante l'utilizzazione prevalente di attrezzature o risorse dell'azienda normalmente impiegate nell'attività agricola esercitata, ivi comprese le attività di valorizzazione del territorio e del patrimonio rurale e forestale, ovvero di ricezione ed ospitalità come definite dalla legge" (art. 2135, comma3, cod. civ., come risultante dalla modifica introdotta con l'art. 1 del d. lgs. n. 228/2001).

Sul punto è stato chiarito che la connessione permette di applicare la disciplina speciale e più favorevole (anche ai fini approfonditi in questa sede) ad attività che sono più propriamente commerciali e dovrebbero essere inquadrate in quel contesto ove fossero svolte autonomamente, comprese quelle attività che non sono tipicamente agrarie (come l'esercizio dell'attività di ricezione e ospitalità), consentite, entro certi limiti (per esempio di prevalenza dei beni impiegati), anche se diverse e ulteriori rispetto a quella agricola.

Per quanto concerne poi la contestazione della presenza della convenuta presso il mercato contadino di Bolzano nelle giornate di servizio, occorre innanzi tutto precisare che il segretario comunale assume nell'ordinamento degli enti locali una qualifica del tutto peculiare, oggetto di specifica regolamentazione dal CCNL del comparto. In particolare, l'art. 19 del contratto collettivo nazionale di lavoro dei segretari comunali e provinciali per il quadriennio normativo 1998 - 2001 e per il biennio economico 1998 – 1999, relativo all'orario di lavoro del segretario, prevede al comma 1 che << *Nell'ambito dell'assetto organizzativo dell'ente, il segretario assicura la propria presenza in servizio ed organizza il proprio tempo di lavoro, correlandoli in modo flessibile alle esigenze connesse all'espletamento dell'incarico affidato alla sua responsabilità in relazione agli obiettivi e programmi da realizzare*>>.

Su tale disposizione l'ARAN (organo deputato alla interpretazione dei contratti collettivi) si è espressa nel senso che <<*La materia dell'orario di lavoro dei segretari comunali trova la sua fondamentale regolamentazione nell'art.19 del CCNL del 16.5.2001 che ha previsto una disciplina sostanzialmente identica a quella già prevista per la dirigenza del Comparto Regioni-Autonomie Locali del 10.4.1996. Tale clausola contrattuale ha introdotto, come è noto, un sistema basato sulla autoresponsabilizzazione del segretario. In tale ambito, non è prevista alcuna quantificazione complessiva dell'orario di lavoro del segretario, neppure attraverso la sola definizione di un limite massimo di durata delle prestazioni lavorative dovute. Spetta, invece, al segretario la organizzazione complessiva del proprio tempo di lavoro, in modo da assicurare il completo soddisfacimento dei compiti affidati e degli obiettivi assegnati.*>> (SEG_034_Orientamenti_Applicativi).

Sulla scorta della ricostruzione in diritto di cui sopra è possibile affermare che la convenuta non aveva alcun obbligo di timbrare e la sua prestazione lavorativa va valutata sulla base dei risultati raggiunti. Sotto questo profilo, la Procura regionale non ha dimostrato che le prestazioni rese dalla dott.ssa Runer nel periodo interessato siano state valutate negativamente, mentre, viceversa, la difesa ha dimostrato, attraverso la produzione delle schede di valutazione della stessa, che la convenuta ha ottenuto un punteggio positivo: 8 nel 2018, 8,5 nel 2019, 9,5 nel 2020, 9,5 nel 2021 e 10 nel 2022 e nel 2023.

La Procura regionale nella citazione afferma, altresì, che <<*Nelle date dei sopralluoghi (09.01.24, 12.01.24,19.01.24, 26.01.24, 02.02.24, 09.02.24, 16.02.24, 23.02.24, 27.02.24) la stessa o ha lavorato soltanto il pomeriggio presso il Comune oppure è risultata assente tutta la giornata*>>.

In effetti, l'assenza del servizio per l'intera giornata non appare compatibile con la flessibilità riconosciuta al segretario comunale, il quale deve comunque garantire una presenza, seppure senza vincoli di orario: cfr. il citato art. 19 del CCNL dei segretari comunali e provinciali per il quadriennio normativo 1998 - 2001 e per il biennio economico 1998 – 1999, il quale prevede al comma 1 che << *Nell'ambito dell'assetto organizzativo dell'ente il segretario assicura la propria presenza in servizio*…>>.

Tuttavia, la Procura regionale contesta alla convenuta solo la posta di danno di € 33.046,00 <<*corrispondente al totale dei compensi indebitamente percepiti*>>, senza fare riferimento a eventuali ulteriori poste di danno derivanti dalla mancata prestazione eventualmente resa.

Né possono essere valutati da questo giudice della responsabilità profili di inopportunità della condotta della convenuta, comunque presenti nel caso in esame, atteso che la presenza nel mercato contadino nei giorni di servizio può mettere in pericolo l'immagine della P.A., profili valutabili eventualmente in altra sede (disciplinare per esempio).

In conclusione, sotto questo profilo l'assenza o la parziale presenza in servizio non aggiunge alcunché rispetto alle conclusioni a cui è giunto il Collegio, considerato che l'unica posta di danno contestata alla convenuta è legata alla presunta attività agricola non autorizzata.

2.3. I profili legati agli altri elementi della responsabilità amministrativa risultano assorbiti dalla qualificazione di liceità della condotta della convenuta.

3. In conclusione, alla luce di quanto argomentato, la domanda attorea va rigettata e la dott.ssa Margareth Runer va assolta, con rifusione degli oneri di difesa a carico dei Comuni di Tesimo e San Genesio Atesino (ciascuno per il 50%) come da dispositivo.

P.Q.M.

La Corte dei conti, Sezione giurisdizionale per il Trentino – Alto Adige, sede di Bolzano, definitivamente pronunciando,

- rigetta la domanda proposta dalla Procura regionale come da motivazione e assolve la dott.ssa Margareth Runer dalla domanda attorea;
- liquida gli oneri di difesa in favore della convenuta e a carico dei Comuni di Tesimo e San Genesio Atesino (ciascuno per il 50%) nell'importo di euro 2.500,00, oltre spese generali, IVA e CPA.

Manda alla Segreteria per gli adempimenti di rito.

Così deciso in Bolzano, nella camera di consiglio del 20 marzo 2025.

L'ESTENSORE	IL PRESIDENTE
Massimo Giuseppe Urso	**Enrico Marinaro**
(Firmato digitalmente)	(Firmato digitalmente)

Depositata in segreteria il 27/06/2025